AG Globalisierung und Krieg

Finanzantrag zur Fortführung unsere weiteren Arbeit zum Thema

STOPP DEN DROHNENKRIEG - KEINE KAMPFDROHNEN!

Der Rat hat auf seiner Sitzung am 27.11.2016 im Konsens beschlossen: "Der Rat unterstützt das verstärkte Engagement der AG Globalisierung und Krieg in der Friedensbewegung und in den Beratungen für Ostermärsche, Stopp Ramstein Proteste und Proteste nach der Wahl". Attac gehört seit März 2013 zu den 149 Gruppen und Organisationen, die den Appell "Keine Kampfdrohnen!" [1] unterzeichnet haben. In 2017 hat die AG ihre Aktivitäten in gegen Kampfdrohnen und Drohnenkrieg (oft in Kooperation mit der DFG-VK und Code Pink Germany) intensiviert.

Der Bundesauschuss der DFG-VK hat am 25. Juni 2017 beschlossen, im Rahmen des Bundeskongresses (BUKO) der DFG-VK November 2017 in Berlin zu einem organisationsübergreifenden Treffen einzuladen, um ein neues Bündnis zu gründen und zusammen die Planung für eine verstärkte Initiative bzw. Kampagne gegen Kampfdrohnen und Drohnenkrieg zu besprechen. Die AG GuK und das DFG-VK Mitglied Elsa Rassbach sollen das Treffen organisieren. Die DFG-VK finanziert schon seit Jahren eine AG "Kampfdrohnen" mit jährlich etwa 2000, - Euro. Bei einer erfolgreichen Gründung des Bündnisses zu Kampfdrohnen im November werden vermutlich zusätzliche Mittel für 2018 durch die DFG-VK bereitgestellt.

Um die Arbeit der AG Globalisierung und Krieg im Rahmen des neuen Bündnisses leisten zu können, stellen wir für 2018 folgenden Finanzantrag zur Aufstockung unseres AG-Budgets:

Beitrag zur Gesamtkampagne in Zusammenarbeit mit u. a. DFG-VK
Reisekosten für Fahrten zu Bündnistreffen
400,- Euro
Herstellung von Druckerzeugnissen
500,- Euro
Summe
2900,- Euro

Der Beitrag, der dem Bündnis zur Verfügung zu stellen beabsichtigt ist, soll die gemeinsame Durchführung von Aktionen, Veranstaltungen, evtl. einer Konferenz, Honorare für Referent_innen, usw. erlauben. Einen genauen Finanzplan für die Gesamtkampagne gibt es derzeit noch nicht, da sich das Bündnis erst in der Vorbereitungsphase befindet. Deshalb sind die Angaben Schätzwerte, die nach Vorliegen eines Bündnis-Finanzplans der Finanz-AG durch detaillierte Angaben nachgereicht werden sollen.

Inhaltliche Begründung unseres Finanzantrags:

Bewaffnete Kampfdrohnen sind für aggressive Einsätze gegen Bevölkerungen geeignet, die selbst über keine Luftabwehr-Verteidigung verfügen. Das Überwachen-und-Töten mit Kampfdrohnen ist ein neues Paradigma des Kriegs. Das Waffensystem wird gegenwärtig vorwiegend als eine Spitzen-Strategie der Kriegsführung im zeitlich und räumlich endgrenzten "Krieg gegen den Terror" eingesetzt, um die neokolonialen Globalisierung rasch voran zu treiben. Zunehmend wird das Waffensystem auch im Westen im Rahmen der antidemokratischen sozial-politischen Transformierung (Grenzkontrolle, Polizeieinsatz) eingesetzt.

Die sich ständig ausweitenden Drohneneinsätze senken die Hemmschwelle zu größeren Kriegen, sind eine der Ursachen für die Flüchtlingskrise, und untergraben auf gefährlicher Weise das internationale Völkerrecht. Die UNO, das Europäische Parlament sowie mehrere international angesehenen NGOs wie Reprieve, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Center for Constitutional Rights (CCR), American Civil Liberties Union (ACLU) und Amnesty International haben wiederholt ihre Besorgnis hierüber stark zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesregierung könnte und sollte eine wichtige Rolle in den internationalen Bestrebungen spielen, diese Waffe unter internationale Rüstungskontrolle zu bringen und völkerrechtlich zu ächten. Stattdessen will die Bundesregierung selbst in das Töten mit Kampfdrohnen einsteigen! Die rapide weltweite Verbreitung der Waffe weltweit umfasst einen neuen deutsch/israelischen Kampfdrohnen-Deal für die

Bundeswehr., Das Verteidigungsministerium soll auch in der Entwicklung einer neuen europäischen Kampfdrohne federführend sein, die bis 2025 hergestellt werden soll und sicherlich auch für den Export konzipiert sein wird.

Durch den Widerstand in der Bevölkerung und den jahrelangen Einsatz (seit 2013) der Friedensbewegung, der Kirchen, der NGOs und vielen weiteren Organisationen sind die Pläne der Bundesregierung für die Anschaffung von bewaffneten Kampfdrohnen vorerst im Juni 2017 im Bundestag gescheitert, worüber international berichtet wurde.

Die Linke sowie Bündnis90/Die Grünen setzten sich schon seit 2013 gegen die Beschaffung von bewaffneten Kampfdrohnen ein. Und nach intensiver Lobby-Arbeit der Friedensbewegung ab Frühling 2017 ließ die SPD Ende Juni einen Deal für das Leasing von Kampfdrohnen der Firma Israel Aerospace Industries (IAI) zunächst platzen. Für das Trainieren der deutschen Drohnenpilot_innen in Israel sollten die Drohnen von vornherein Waffen tragen und die SPD-Fraktion stellte sich letztendlich dagegen.

Attac und die AG Globalisierung und Krieg haben seit Anfang 2017 eine immer wichtigere Rolle in den deutschen Initiativen und Kampagnen gegen Drohnenkrieg und Kampfdrohnen gespielt. Attac hat im Mai 2017 eine Erklärung zu Kampfdrohnen veröffentlicht und die Kampagne um den Dokumentarfilm, "NATIONAL BIRD - Wohin geht die Reise, Amerika?" maßgeblich unterstützt. Mitglieder in der AG Globalisierung und Krieg waren bei der Lobby-Arbeit im Bundestag gegen die Anschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr im Frühling 2017 federführend. Die AG GuK hat zudem am 31. Mai in Zusammenarbeit mit DFG-VK eine Mahnwache gegen die Anschaffung vorm Landesobergericht in Düsseldorf und am 21. Juni in Zusammenarbeit mit der Friedenskoordination Berlin eine Mahnwache mit Überreichung der durch Attac und 149 anderen Organisationen unterschriebenen bundesweiten Unterschriftenliste "Keine Kampfdrohnen!" vor dem Bundestag mit Reden von Bundestagsabgeordneten der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD koordiniert; in beiden Fällen haben Mitglieder der AG Globalisierung und Krieg die dazu gehörenden Presseeinladungen verfasst.

Die erfolgreiche Abwendung der Drohnenbeschaffung in Deutschland im Juni 2017 wird durch die US-Friedensbewegung als "eine historische Schritte" bewertet. (4)

Im Juli 2017 hat die AG Globalisierung und Krieg in Zusammenarbeit mit DFG-VK einen Workshop "Grenzüberschreitend - Widerstand gegen Kampfdrohnen" im Gipfel für globale Solidarität im Rahmen der G20 Proteste in Hamburg präsentiert und weitere Mitstreiter_innen gewonnen. Im August hat AG Globalisierung und Krieg an der Lebenslaute/DFG-VK Blockade von Fliegerhorst Schleswig/Jagel teilgenommen, der Bundeswehr-Stützpunkt wo deutsche Drohnenpiloten arbeiten, z.B. bei Drohnenüberwachung in Afghanistan und Mali. Im September hat die AG über 1300 Flyer mit Anregungen für die weitere Lobby-Arbeit bei den Veranstaltungen in Ramstein und Kaiserslautern am 8./9. September in Zusammenarbeit mit Code Pink Germany verteilt. Die im Frühling gegründete Webseite der AG Globalisierung und Krieg "Keine Kampfdrohnen" [2] enthält nicht nur wichtige und sachkundige Aktionsanregungen für die Lobby-Arbeit sondern auch die bundesweit einzige Dokumentation der Arbeit der deutschen und US-Friedensbewegung in der bisher erfolgreichen Inititiativen in 2017, die Anschaffung von bewaffnungsfähigen oder bewaffneten Kampfdrohnen für die Bundestag abzuwenden.

Die Bundesregierung wird in der kommenden Legislaturperiode erneut versuchen, die Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr doch noch durchzusetzen.

Die Beschaffung von Kampfdrohnen wird nach den BT-Wahlen höchstwahrscheinlich ein zentrales Anliegen der neuen Bundesregierung für die Aufrüstungs- und Kriegführungs-Pläne sein - ob allein, in Kooperation mit anderen EU-Mitglieder-Staaten oder im Rahmen der NATO. Die Bundesregierung unterstützt hierbei die deutsche Waffenindustrie, die gierig auf den lukrativen Export von Kampfdrohnen ist. Bis 1945 war die deutsche Waffenindustrie in der Technologie für die Kriegsführung mit unbemannten Flugkörpern weltweit führend. Die deutsche Waffenindustrie hofft nun — mit der Hilfe der Bundesregierung und in Zusammenarbeit mit der israelischen Waffenindustrie — eine im weltweiten Waffenmarkt konkurrenzfähige Kampfdrohne zu entwickeln und herzustellen.

Dringend notwendig ist eine breit angelegte Initiative, um der Bevölkerung über diese Anschaffungsund Entwicklungspläne zu informieren und zu mobilisieren. Auch unsere Forderung, dass die Bundesregierung endlich ihre Beihilfe für die US-Tötungen mittels Drohnen beendet, muss im Bundestag durchgesetzt werden.

Die Bundesregierung duldet seit Jahren die illegalen, völkerrechtswidrige Drohnen-Tötungen der USA unter Nutzung einer US-Satelliten-Relaisstation in Ramstein und des Zentralen Kommandos der USA für Militäreinsätze in Afrika (AFRICOM in Stuttgart). Durch die US-Drohnen-Einsätze via Ramstein werden Bevölkerungen in mindestens sieben Ländern im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika ständig überwacht und bedroht, und Tausende "Unbekannte", d.h. Kinder, Frauen, ältere Menschen werden umgebracht. In der letzten Legislaturperiode gab es im NSA-Untersuchungsausschuss im Bundestag auch Anhörungen über die deutsche Beihilfe für den US-Drohnenkrieg. Der Ausschuss wird voraussichtlich im Herbst den Abschlussbericht dem Bundestag und der Regierung vorlegen, wodurch die Beihilfe der Bundesregierung eventuell auch auf die Tagesordnung des Bundestags kommen wird. Wenn die Bundesregierung und der Bundestag diese Verbrechen weiterhin zulässt, müssten wir annehmen, dass die Bundesregierung auch für die Bundeswehr eine solche "Kriegsführung" für richtig hält, was eine weitgehende Unterhöhlung des internationalen Völkerrechts und der Menschenrechte stark signalisieren wurde.

Der Widerstand in der deutschen Bevölkerung gegen Kampfdrohnen und Drohnen-Tötungen ist wegweisend und inspirierend für die Anti-Kampfdrohnen-Bewegungen in der ganzen Welt. In Deutschland fanden die bisher weltweit größte Demonstrationen gegen einen Drohnen-Stützpunkt (Ramstein) und die bisher effektivste Blockaden von Drohnen-Stützpunkte im Westen, bei AFRICOM in Stuttgart und bei Jagel in Schleswig-Holstein.

Die AG GuK wird mit vielen Bündnispartnern aus der Friedensbewegung zusammenarbeiten. Mitglieder der AG Globalisierung und Krieg, welche die neue Initiative zum Thema Kampfdrohnen und Drohnenkrieg entwickelt haben, arbeiten schon jetzt eng mit einem breiten Spektrum von Organisationen in der Friedensbewegung zusammen: DFG-VK AG "Kampfdrohnen", IPPNW, Code Pink Germany, Lebenslaute, Friedenskoordination Berlin, Stopp Air Base Ramstein und IMI (die eine Webseite [3] betreibt). DFG-VK, Code Pink, und Friedenskoordination Berlin haben einige Projekte der

Nun gilt es, unsere erfolgreiche Arbeit bundesweit und organisationsübergreifend zu festigen und zu erweitern. Unter anderem wird die DFG-VK im Rahmen ihres Bundeskongresses in Berlin Mitte November zu einem organisationsübergreifenden Treffen zur Gründung einer erweiterten Kampagne zu Kampfdrohnen/Drohnenkrieg einladen. Die AG Globalisierung und Krieg wird auch beim Friedensratschlag durch einen Workshop von Elsa Rassbach zu Drohnen vertreten sein, woraus sich weitere konkrete Vernetzungsmöglichkeiten ergeben werden. Und in Zusammenarbeit mit der Friedenskoordination Berlin wird die IMI Webseite zu Drohnen-Kampagne erneuert. Die AG-Webseite "KeineKampfdrohnen" [2] hat jedoch die bisher ausführlichsten Infos zur neuen Initiative gegen Drohnenkrieg und Kampfdrohnen und wird für die aktuelle Kampagne sicherlich weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

Eine starke Unterstützung von Attac für die weitere Arbeit zum Thema Drohnenkrieg und Kampfdrohnen gäbe der AG die Möglichkeit, weiterhin bundesweit Präsenz zu zeigen. In der Gestaltung dieser Arbeit würde die Attac AG Globalisierung und Krieg eine wegweisende Rolle spielen können.

AG Globalisierung und Krieg

17.9.2017

[1] https://drohnen-kampagne.de/appell-keine-kampfdrohnen/

[2] https://drohnen-kampagne.de

[3] http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/keinekampfdrohnen/

neuen Initiative mitfinanziert, und IPPNW hat bei der Pressearbeit mitgewirkt.

(4) https://www.knowdrones.com/updates/2017/6/27/germans-take-historic-stance-against-arming-drones